

## ERZIEHEN, NICHT ERWÜRGEN !

„Wir haben genug Kommissionen im Kanton Bern, aber nicht genug Männer und nicht genug Frauen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben und einschreiten, wenn sie etwas Unrechtes erfahren.“

Also sprach Herr Regierungsrat und Polizeidirektor Dürrenmatt in seiner Beantwortung der Interpellation Anlikers, betreffend die unmenschliche Behandlung eines Verdingbuben in Madiswil. Kein vernünftiger, kein auch nur einigermaßen einsichtiger Mensch wird da dem Sprecher der Regierung seine Zustimmung versagen können. Wir leiden tatsächlich, wie er durchaus zutreffend äusserte, an einer Überorganisation des Pflegekinderwesens, und zwar in einer Art, die es wohl verdient, in aller Öffentlichkeit gründlich erörtert zu werden. Denn was Regierungsrat Dürrenmatt sagte, gilt nicht bloss für die Aufsichtsorgane der Pflegekinder, sondern namentlich auch für die der Erziehungs-, der Armen-, der Arbeits-, der Straf-, der euphemistisch genannten Heil- und Pflege-, vulgo Irrenanstalten, wie es je durch sozusagen täglich neue Fälle bestätigt wird.

Wir sehen im Armen den Menschen, den Mitbürger, den Bruder längst nicht mehr, weil ihn der Verwaltungsbetrieb verdinglicht, in Akten verdrängt und in weltabgeschlossenen Anstalten verkommen lässt. Bevor wir jedoch auf die Gründe dieser bedauerlichen Verhältnisse und Zusammenhänge eintreten, ist es geboten, zunächst ein paar Worte über den Nachsatz des eingangs angeführten Votums des Berner Justizdirektors zu verlieren. Es ist durchaus möglich, ja mehr als bloss wahrscheinlich, dass er hundertprozentig recht hat, nämlich, dass sich wirklich zu wenig Männer und Frauen vorfinden, die das Herz auf dem rechten Fleck haben, denen es nicht an Zivilcourage gebricht, einzugreifen, wenn ihnen eine unverantwortliche Unmenschlichkeit, begangen an Kindern, Wehrlosen und Enterbten, zur Kenntnis gelangt. Die von Herrn Dürrenmatt angeprangerte Gesinnungsfeigheit kann nicht geleugnet werden; sie erweist sich, wie er treffend sagte, als „traurige Wahrheit“.

Warum dem so und nicht anders ist, habe ich wiederholt seit langen Jahrzehnten in Wort und Schrift auseinandergesetzt. Es ist nicht allein die sittliche Feigheit, die den Mangel an herzhaften Männern und Frauen bedingt. Freilich gibt es viele, die sich fürchten, ihre Meinung offen herauszusagen und auch dann dazu stehen, wenn sie allein dafür

eintreten müssen. Es sind ihrer tatsächlich allzu viele, die sich weder mit einem angesehenen Anstaltsdirektor noch mit einem Dorfagnaten, einem Gemeinderat oder einer Armenbehörde überwerfen möchten, weil ihnen um ihre Ruhe, ihre geschäftlichen oder gesellschaftlichen Beziehungen, um ihr Amt oder um ihre Stelle bangt. Immerhin gibt es darunter welche, die darum keineswegs teilnahmslos bleiben. Es vergeht keine Woche, wo nicht schweizerische Zeitungen oder auch ich selbst mit Klagen, Anregungen, Aufforderungen zur Veröffentlichung bestürmt werden. Freilich sind sie fast ausnahmslos auf die Melodie „Hans, geh du voran, du hast hohe Stiefel an“ abgestimmt.

Die Empfänger derartiger Ergüsse sind nur ausnahmsweise in der Lage, die eingehenden Beschwerden auf ihre sachliche Berechtigung hin zu prüfen. Gar oft entspringen die Einsendungen persönlichen Abneigungen, Rachsucht oder Querulanz viel mehr, als achtbaren Beweggründen. Sie sind daher mit grösster Vorsicht entgegenzunehmen, denn gar oft wird man durchaus einseitig unterrichtet, wenn nicht brandschwarz angelogen. Jenes mitunter in besten Treuen, aber durchaus einseitig und subjektiv.

Aus diesem Grunde habe ich es mir jeweilen angelegen sein lassen, die Veröffentlichung in der Presse lediglich als ultima ratio und einwandfrei dokumentiert anzurufen, da Ehrbeleidigungs- und Verleumdungsprozesse keineswegs zu den Annehmlichkeiten meines Standes gehören. Und damit sind die jeweilen Betroffenen rasch zur Hand. Kein Mittel ist ihnen zu schlecht, den Ankläger ins Unrecht zu versetzen, auch wenn er tausendmal recht hätte.

Die unbestreitbare Tatsache, dass viele Greuel verschleiert, geleugnet werden können, ist daher vor allem auf die Beweisnot der „Männer und Frauen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben“, zurückzuführen. Dann aber auch darauf, dass Leute, die – obwohl gründlich dokumentiert und mit beweiskräftigen Unterlagen reichlich versehen – schliesslich an die Öffentlichkeit gelangen, allerhand Gefahren laufen. Nicht bloss für sich und ihre Angehörigen, sondern auch für die, für welche sie sich einsetzen, für ihre Schützlinge.

Da wird etwa, wie mir gegenüber neulich wieder einmal geschah, die parlamentarische Immunität dazu missbraucht, den Ankläger vor dem Grossen Rat und der Öffentlichkeit zu verleumden. Es wird ferner erwogen, ihn unter Vormundschaft zu stellen, um ihn dann zu

internieren, das heisst, mundtot schlagen zu können. Wer bietet aber Gewähr, dass solches nicht gelänge ? Denn auch dazu haben wir ja die satanisch ruchlose „Administrativjustiz“, die kürzlich in der klassischen, tiefgründigen Studie des hervorragenden Juristen und Genfer Staatsrates Albert Picot „L’Etat fondé sur le Droit et le Droit pénal“ (Verhandlungen des Schweizerischen Juristenvereins, Fasz. 2, 1944) leidenschaftslos sachlich, mit zwingender Logik, als mit einem Rechtsstaat schlechterdings unvereinbar gekennzeichnet wurde.

Dazu gesellt sich noch eine weitere, ebenso wichtige Erwägung. Auch in Fällen, besonders wenn es sich um Anstaltsinternierte handelt, wo man restlos dokumentiert ist, erweist sich deren öffentliche Behandlung als für die Beschwerdeführer gefährlich. Denn weil sie rechtlos entrechtet, jeglichen wirksamen Schutzes beraubt sind, würde meistens ihr Los nicht bloss keineswegs gemildert, sondern man würde sie dadurch erst recht den Rachegelüsten ihrer Vorgesetzten ausliefern. So haben mir mehrere Entlassene, unabhängig voneinander und unter sich unbekannt, anvertraut, dass ihnen angedroht wurde, sie neuerdings zu internieren, falls sie sich etwa beikommen liessen, mit mir in Verbindung zu treten. Eine zuverlässige, unparteiische Instanz, berechnete Beschwerdeführer zu schützen, gibt es also nicht.

Folglich ist man als Publizist darauf angewiesen, solche Eingänge, die immer wieder aus den Anstalten durchgeschmuggelt werden, lediglich zur Kenntnis zu nehmen und sie zu archivieren, blutenden Herzens oft – nämlich, wenn die verzweifelten Notsschreie der Verelendeten den Stempel der Wahrhaftigkeit aufweisen.

Man behebe also die Beweisnot nach Möglichkeit; man schaffe eine wirklich zuverlässige, vertrauenswürdige Instanz, die einlaufenden Beschwerden von Fall zu Fall wirklich unvoreingenommen zu untersuchen und die sich daraus ergebenden Massnahmen zu ergreifen, dann werden sich unsere Behörden nur noch äusserst selten mit dem, was sie so unbeschwert als „Sensationsjournalistik“ anprangern, zu befassen haben. Ich kann Ihnen nämlich versichern, dass es uns viel angenehmer wäre und leichter fiele, mit ihnen Hand in Hand zu arbeiten an der Verbesserung unserer sozialen Zustände, als ihnen berichterstattend oder polemisch öffentlich entgegentreten zu müssen. Regierungsrat Dürrenmatt, weiland Armendirektor des Kantons Bern, aber auch der Vorsteher des kantonalen Jugendamtes, Dr. Jakob Leuenberger, und mit ihnen zahlreiche Anstaltsvorsteher,

werden gerade mir das Zeugnis nicht versagen, dass ich mich ihnen stets und gern in manchen Fällen hilfsbereit zur Verfügung stellte.

Vor allem aber fahre man endlich mit der verfassungswidrigen, rechtszersetzenden sogenannten „Administrativjustiz“ ab, die die Trennung der öffentlichen Gewalten illusorisch gestaltet, die jeglicher Willkür, jeglicher Vergewaltigung Tür und Tor erschliesst.

Auch dann werden sich zwar die „Männer und Frauen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben“, noch immer nicht rudelweise zum Worte melden; aber viele unter ihnen werden es dann immerhin ohne Gefahr wagen dürfen, dem durchaus berechtigten Wunsche zu entsprechen, der aus dem vorerwähnten Votum des Berner Justizdirektors klingt, und der auch der unsrige ist.

Und endlich würde der Amtsnachfolger von Regierungsrat Dürrenmatt auf der kantonalen Armendirektion, und mit ihm andere Herren, ihres Amtes so einsichtig walten wie er es tat, so wäre ihnen wohl allerhand Unangenehmes erspart geblieben und würde auch fernerhin noch erspart bleiben.